

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen  
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatlich, frei Haus 2,50 M. (halbjährlich 12,50 M.), durch die Post bezogen monatlich 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-2 / Geschäftsstelle u. Expedition: Oberbahnstraße 2 / Fernsprecher: 17250 / Postfachkonto: Dresden Nr. 18690, Dresdner Verlagsgesellschaft  
Schriftleitung: Dresden-2, Oberbahnstraße 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17250 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwoch 16-18 Uhr, Sonnabends 13-14 Uhr

Anzeigenpreis: Die neunmal gestaltete Nonpareilzeile oder deren Raum 0,35 RM. für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Reklamezeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Zeitschrift 1,50 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-2, Oberbahnstraße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Behörde besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang

Dresden, Mittwoch den 11. Juli 1928

Nummer 160

## Verfassungstag für Panzerkreuzer

Hermann Müllers großer „Sieg“ in Frage gestellt

### Reichstag und 11. August

Hermann Müllers getarnte große Koalitionregierung geht jetzt endlich zu Taten über, um den ungeduldig werdenden proletarischen Wählern ihre Existenzberechtigung zu beweisen. Mangels sozialpolitischer Vorlagen (Kinderpreisung statt Panzerkreuzer usw.) hat sie einen Entwurf zur Einführung eines gesetzlichen Nationalfeiertages eingebracht, der gestern im Reichstag zur Verhandlung stand.

Das „steigegefühlte Bedürfnis“ breiter Volksmassen nach diesem Verfassungsjubiläum fand aber selbst bei den sogenannten bürgerlichen Republikanern dieses hohen Staules keine glaubhafte Resonanz. Es handelt sich hierbei um ein Schanzgericht, das die bürgerlichen Koalitionsparteien den Sozialdemokraten zugeschieben wollen, ein Stück Wahlhilfe, das den bürgerlichen Spendern nichts kostet, ihnen dafür aber die Unterstützung der SPD bei ihren Anschlägen gegen die Arbeiterklasse sichert. Die von Löbe vorgeschlagene halbtägige Reduzierung der Begründung des Antrages war aber selbst seinem Parteigenossen Sellmann noch zu viel; er begnügte sich mit einer knappen Viertelstunde. Dafür erhob Herr Severing zweimal sein wiedergelegenes herstrantes Ministerhäufchen, um seine Vorlage zu verteidigen. Seine Ausführungen und die der bürgerlichen Redner gipfelten in einem Wettstreit darüber, wer am meisten zur Stabilisierung der Ordnung in Deutschland beigetragen habe, wessen Weizen durch das verpönte Arbeiterblut am besten gediehen sei. Eine reichlich überflüssige Diskussion angesichts der begehrtesten Glückwunschartikel der bürgerlichen Presse am 10. und 11. Geburtstag.

Genosse Paul Dietrich brachte das in seiner Rede, in der er den Inhalt der famosen Weimarer Verfassung zerpflückte, auch klar zum Ausdruck. Vor den ätzenden blutigen Schattens der „verfassungsgemäß gemauerten Arbeiter“ räunte Herr Severing nachher das Feld.

So leicht, wie sich die SPD ihren großen „Sieg“ gedacht hat, wird es aber keineswegs werden. Die Ausführungen des Volksparlamentarikers Dr. Moldenbauer, der prinzipiell einem Nationalfeiertag zwar zustimmt, den 11. August aber als ungeeignet ablehnt, war eine einzige Viehlosigkeit gegenüber der sozialdemokratischen Koalitionskabine. Immerhin ist es fraglich, ob es sich bei seinem Nein um ein endgültiges, von Rücksicht auf die Deutschnationalen getragenes, oder um ein vorläufiges, aus egoistischen Gründen gegenüber der SPD diktiertes handelt. Die Ausschussberatungen eröffnen hier dem sozialdemokratisch-volksparteilichen Kuhhandel weitere Möglichkeiten, wobei natürlich die Arbeiterklasse der leidtragende Teil sein wird.

Nach Verlesung der Tagesordnung beantragte Genosse Stöcker zur Geschäftsordnung mit der Beratung des Gesetzesentwurfes zum Nationalfeiertag den kommunistischen Antrag, der dafür den 1. Mai vorschlägt, zu verbinden. Widerspruch erfolgte nicht. Zur Begründung seines Antrages ergreift das Wort Reichstagsminister Severing. Die Begründung der Vorlage ist ihm ein Verbandsbedürfnis, umal der Gedanke des Nationalfeiertages im Volk feste Wurzeln geschlagen habe. Falls die Vorlage nochmals dem Ausschuss überwiesen werde, ließe sich über Ausnahmebestimmungen für die ländlichen Gegenden mit Rücksicht auf die Erntearbeiten reden. Nicht nur Herr von Hindenburg habe sich Verdienste um die Demobilisierung erworben, sondern auch die Arbeiterorganisationen, die dazu beigetragen haben, daß die Erbitterung der Volksmassen sich damals nicht in Gewalttaten entlud. Aus eigenem Recht hat sich das deutsche Volk zur Verfassung bekannt (Zurück bei den Kommunisten: Schwindelverfälschung!). Als 1920 der Rapp-Putsch an den verfassungsmäßigen Einrichtungen rüttelte, haben sich Hunderttausende von Arbeitern und Angehörigen bereit gefunden, Gut und Blut für die Verfassung einzusetzen. (Stürmische Unterbrechung bei den Kommunisten, Zurufe: Gummistümpel, Arbeiterverrat, u. a. m.) Auch die Separatisten-Anschläge wurden mit Hilfe der Arbeiter ohne Unterschied der Partei abgewiesen. (Neue Zurufe: Heraus mit Marzies!) Der 11. August ist der Tag der deutschen Zukunftshoffnung und des nationalen Selbstvertrauens. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Sellmann (SPD) beteuert unter dem Gesicht der Kommunisten, daß die Arbeiter gern bereit seien für den Verfassungsjubiläum einen Tagelohn zu opfern. — Schlangenscheinungen (Deutschl.) hält den 18. Januar als Tag der Reichsgründung für geeigneter. Die weiteren Ausführungen gipfeln in einem ausgesprochenen Bekenntnis zur Monarchie und zu einem neuen Kaiserthum!

Seine Ausführungen rufen Severing abermals auf den Plan, der erklärt, daß er am meisten die großen Tage der Vergangenheit ehrt. Wenn die Deutschnationalen Ehrung von Schwarz-Weiß-Rot verlangen, so müssen sie vor allem sich auch zu den Fragen der Republik bekennen.

Dr. Sell (Z) vermeidet ein eindeutiges Bekenntnis für den 11. August als Verfassungstag, läßt aber durchblicken, daß das Zentrum mit sich handeln ließe.

Hieraus erhält das Wort Genosse Dietrich (siehe Seite 2). Moldenbauer lehnt den 11. August als Nationalfeiertag ab, da nicht die überwältigende Mehrheit des Volkes dahintersteht. — Käp (Dem) erklärt das Einverständnis seiner Fraktion, während Dremin (WW) einen Volksstraßentag für die Kriegsoffer für wichtiger hält. — Nach weiteren Ausführungen der Vertreter der Splitterparteien, die ebenfalls gegen den Gesetzesentwurf sind, kommt es über den Antrag auf Vermögen an den Rechtsausschuß zum „Hammelfest“. Die Ausschussberatung wird mit 214 gegen 136 Stimmen beschlossen.

## Das Schächty-Urteil vollstreckt

5 Konterrevolutionäre erschossen, 6 zum Tode Verurteilte zu 10 Jahren Gefängnis bei Einzelhaft begnadigt  
Berlin, 11. Juli. (Eigene Drahtmeldung.)

Aus Moskau wird gemeldet: Am Dienstagmittag wurde das Urteil an den im Schächty-Prozess zum Tode verurteilten Saboteuren Bojarinow, Jusewitsch, Budny, Gorlof und Rzhishanowski vollstreckt. Das Zentralrevisionskollegium der Sowjetunion hat bei den zum Tode verurteilten Russen Matow, Bratanowski und drei anderen Angeklagten beschlossen, die Todesstrafe in eine 10jährige Gefängnisstrafe umzuwandeln.

Es war natürlich vorzuziehen, daß diese notwendige Verteidigungsmaßnahme der Proletarier-Diktatur in der Sowjetunion gegen die von den Imperialisten besessenen und gesteuerten Saboteure des sozialistischen Aufbaues ein Wutgebülde der ganzen antibolschewistischen Meute auslösen würde. Die härtesten Töne in der Hege gegen die Sowjetunion schlägt natürlich auch jetzt wieder die sozialdemokratische Presse an. Allen voran das Zentralorgan, der Vorwärts, der in seiner heutigen Morgenausgabe in Kommentaren über die Urteilsvollstreckung alle Möglichkeiten, die er bisher über die Ursachen und die Durchführung des Schächty-Prozesses ausgestreut hat, wiederholt. Er beschimpft die USSR und schreibt von einem „Blutrauf“ derselben. Dann aber fährt das Stamperorgan in folgender Weise fort: „... Das Urteil ist vollstreckt. Warum auch nicht? Ausland ist so groß. Auf 5 Menschenleben mehr oder weniger kommt es nicht an. Denn russische Menschenleben sind billig und zahllos. Hinter ihnen steht keine Macht, die erklärt: Wir werden erst wieder in Wirtschaftsverhandlungen mit euch eintreten, wenn ihr diese Prozeßschweizerien einigermassen liquidiert haben werdet. Die Angeklagten waren einer 100prozentigen Willkür ausgeliefert.“

Das ist die offene Aufforderung, die Wirtschaftsverhandlungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion nicht wieder aufzunehmen. Das sind die gleichen Töne, die aus den Hegeartikeln der bürgerlichen Presse herausfliegen.

Trotz des verlogenen pazifistischen Geschreis und der Drohungen der sozialdemokratischen und bürgerlichen Presse hat die Sowjetregierung aus Gründen der Verteidigung des proletarischen Staates das Urteil vollstreckt. Jede andere Handlung hätte die internationale Reaktion als eine Schwäche der proletarischen Regierung ausgelegt und als einen Freibrief für weitere konterrevolutionäre Handlungen, wie sie mit dem neuen Anschlag in Moskau erneut begonnen haben, betrachtet. Wir zweifeln keinen Augenblick, die Proletarier der ganzen Welt, insbesondere die deutschen Arbeiter werden sich keinen Augenblick durch das verlogene Geschrei der sozialdemokratischen und bürgerlichen Presse beeinflussen lassen und werden die Vollstreckung des Urteils als eine notwendige Verteidigungsmaßnahme begrüßen. Die Sowjetmacht hat, gestützt auf die Sympathien von Millionen Arbeitern der ganzen Welt bewiesen, daß sie unerbittlich die Gesetze des Klassenkampfes gegen die Klassenfeinde in Anwendung bringt. Die Sowjetmacht erfüllt nur ihre Pflicht der Revolution gegenüber, verteidigt ihr Recht, wenn sie im Namen der kämpfenden Arbeiterklasse diese Maßnahmen ergreift. Die Sozialdemokratie aber erzählt heute den Arbeitern: Sowjetrußland morderd, — die Hindenburg-Republik begnadigt, die Sowjetregierung ist Barbarei, — die Koalitionsregierung ist Humanität. Und was ist der Sinn dieser Schurkerei? Kein anderer als der: Die Große Koalition braucht Klassenfeinde. Dafür glaubt auch die Dresdner Volkszeitung mit ihrer Hege gegen den Schächty-Prozess beizutragen. Selbst die Leipziger Volkszeitung schrieb vor kurzem über das Urteil im Schächty-Prozess:

„Der Unterschied ist der, daß die in Sowjetrußland Herrschenden vorgeben, mit ihrer Klassenjustiz den Interessen der Arbeiterklasse und der Befestigung ihrer Macht zu dienen, von der sie sagen, daß es die Macht der Arbeiterklasse ist, während die Klassenjustiz in allen anderen kapitalistischen Staaten rätschellos in den Dienst der herrschenden Bourgeoisie, in den Kampf gegen das Proletariat gestellt wird.“



Obwohl die Leipziger Volkszeitung bei jeder Gelegenheit bereit ist, in antibolschewistischen Gemeinheiten zu machen, verstand das Blatt sehr gut, der Massenstimmung der Arbeiter Rechnung zu tragen und mußte das Urteil nicht nur als gerechtfertigt anerkennen, sondern zugleich die Heuchelei des Vorwärts und der Dresdner Volkszeitung entlarven. Die deutsche Arbeiterklasse aber wird sich mit dem Urteil solidarisieren und muß gegenüber den Drohungen der antibolschewistischen Presse einen Druck auf die Hermann-Müller-Regierung ausüben, von irgendwelchen Schlussfolgerungen zum Nachteil der Sowjetunion auf Grund der Vollstreckung des Urteils abzusehen bzw. sofort die deutsch-russischen Wirtschaftsverhandlungen wieder aufzunehmen.

Das Bild zeigt die Angeklagten während der Verlesung des Urteils durch den Präsidenten des Gerichtshofes Wischinski. Im Vordergrund den Kopf gelenkt, steht der zum Tode verurteilte russische Ingenieur Schachty; links daneben der deutsche Angeklagte Babiker (mit Ähren unter dem Arm), der ein Jahr Gefängnis mit Bewährungsfrist erhielt. Dahinter steht (auf den Stuhl gestützt) der freigesprochene Deutsche Mörz. Die weiter links stehenden Angeklagten, die ihr Gesicht bedecken, sind ebenfalls zum Tode verurteilt worden.

## Das Bombenattentat in Moskau

Russische Weißgardisten werfen eine Bombe in das Bureau der GPU, der Staatlichen Politischen Verwaltung der Sowjetunion. Sie kamen aus Paris, sie gelangten über Bulgarien und Rumänien nach der Sowjetunion. Der rumänische Spionagedienst, ein geheimes, offizielles Organ der unter französischem Einfluß stehenden rumänischen Armee, ermöglichte den russischen Weißgardisten die illegale Rückkehr nach Moskau zur Durchführung ihres Verbrechens.

Diese Tatsachen werfen ein neues Licht auf die Bedeutung des vor einigen Tagen gefällten Urteils im Schächty-Prozess. Die Urteilsbegründung legte besonders besonderes Gewicht auf die Feststellung, daß die Saboteure im Donezgebiet mit weißgardistischen Emigranten im Auslande in enger Verbindung standen und daß einige ausländische offizielle Institutionen die konterrevolutionäre Sabotageorganisation unterstützten. Nun, das Moskauer Attentat liefert den erneuten Beweis dafür, daß diese Verbindungen mit dem internationalen Weißgardistenpad bestehen und daß die eigentlichen Drahtzieher der Saboteure und der Attentäter vor keinem Verbrechen zurückzusehen, wenn sie hoffen, den sozialistischen Aufbau im Arbeiterstaat direkt oder indirekt tören zu können.

Wer sind aber diese Drahtzieher? Vor einigen Tagen hat die Kölnische Zeitung in einem aufsehenerregenden Artikel auf die Beziehungen zwischen der französischen Regierung und den russischen weißgardistischen Emigranten hingewiesen. Es wurde betont, daß „die ehemaligen Eigen-